

Englisches Unterhaus.

London, 8. Juni. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses fragte Johnson Sicks (Unionist) den Kolonialsekretär, ob er über den in Hongkong entdeckten, von der deutschen Regierung unterstützten Plan, den britischen Handel im fernem Osten völlig zu untergraben, Mitteilung machen könnte.

Kolonialminister Bonar Law antwortete, daß solche Gerüchte in Hongkong in Umlauf seien; er stehe mit dem Gouverneur in Verbindung, könne aber jetzt nicht mehr sagen. Bonar Law sagte weiter auf eine Anfrage, das Geschäft einer der größten deutschen

Firmen in Schaffland werde zwangsweise liquidiert; die Angelegenheiten zweier anderer Geschäfte würden gebrüht.

Redford (liberal) fragte den Staatssekretär des Krieges, was er gegen die „Times“ und die „Daily Mail“ zu unternehmen gedenke, die es ablehnten, den Aufruf Kitcheners, worin er 300,000 Rekruten verlangte, zu veröffentlichen.

Parlaments-Unterstaatssekretär Tennant erwiderte, diese Haltung der beiden Blätter habe die Werbung nur gefördert.

Kellaway fragte, ob nichts gegen die beiden Blätter geschehen würde, da die Deutschen deren boshafte Artikel abdruckten, in den neutralen Ländern verbreiteten und dadurch großen Schaden anrichteten.

Tennant erklärte sich bereit, Beweismaterial entgegenzunehmen.

Premierminister Asquith sagte auf eine Anfrage wegen der britischen Titel und Privilegien der Herzoge von Cumberland und Albany, die Frage sei kompliziert; sie werde ermogelt.

Johnson Sicks (Unionist) fragte, ob der Premierminister beabsichtige, eine Erklärung über die Politik der neuen Regierung abzugeben.

Asquith sagte, er habe augenblicklich seinen früheren Erklärungen nichts hinzuzufügen; wenn jedoch ein allgemeiner Wunsch nach einer Debatte bestehe, solle Gelegenheit dazu gegeben werden.

O'Brien (unabhängiger Nationalist) fragte, ob der Premierminister den Wunsch der irischen Vertreter in dieser Sache kenne und ob nicht die Meinung Irlands in der Frage der Unterdrückung einer Debatte hinsichtlich eines der grausamsten Schläge, die Irland jemals erlitten, maßgebend sein müßte.

Asquith sagte, er begünstige nicht die Unterdrückung der Debatte. Eine umfassende Erklärung über die Politik der Regierung werde demnächst abgegeben werden.

Das Ministerium für Kriegsmunition.

Minister des Innern Sir John Simon brachte eine Bill über die Errichtung des Ministeriums für Kriegsmunition ein, dessen Aufgabe die Lieferung von Munition im gegenwärtigen Kriege sein werde. Der betreffende Minister werde die Pflicht haben, sich mit allen Arbeiterfragen, die in Verbindung mit allen Arten der Munition entstehen könnten, zu beschäftigen. Das Ministerium sei ein zeitweiliges Amt und werde zwölf Monate nach Schluß des Krieges aufgehoben werden. Die Beamten des Ministeriums würden teils aus Geschäftsleuten, teils aus abkommandierten Beamten anderer Ministerien bestehen. Eine Kommission, der Vertreter der Admiralität, des Kriegsamtes sowie Industrielle angehören werden, werde dem Minister zur Seite stehen. Der neue Minister werde, sobald er seinen Sitz im Hause einnehmen könne, eine Erklärung über die Organisation und die Politik seines Ministeriums abgeben.

Minister Simon sprach sich gegen die Abführung einer Debatte über die Schaffung dieses Ministeriums aus.

Chaplain (Unionist) und Cornwall (liberal) erklärten ihre Zustimmung zur Bill.

Bringle (liberal) sagte, die Bill übertrage dem neuen Minister eine unbeschränkte Macht; da die Kompetenz des Ministers erst durch eine königliche Verordnung bestimmt werden solle, so werde er die Macht eines Diktators erlangen. Redner kündigte an, er werde bei der Beratung im Ausschuss beantragen, daß die Kompetenz des Ministers nicht durch eine königliche Verordnung, sondern durch ein Gesetz festgestellt werden solle. Wenn ein staatlicher Zwang für die Arbeiter eingeführt werden solle, müsse dies durch ein Gesetz geschehen.

Shawdon (Arbeiterpartei) fragte, ob durch die Annahme der Bill der Minister für Munition ermächtigt werden würde, die in Manchester angekündigte Politik auf Grund einer königlichen Verordnung ohne Kontrolle des Parlaments durchzuführen. Wenn versucht werden sollte, den Arbeitern Arbeitszwang aufzuerlegen, könne er der Re-

gierung eine energische Opposition in Aussicht stellen.

Dillon (Nationalist) verlangt eine offene Erklärung, welche Machtbefugnisse die Regierung dem neuen Minister übertragen wolle. Die Machtbefugnisse könnten offenbar benützt werden, um die Sklaverei einzuführen. Es wäre schrecklich, wenn das Preußentum in diesem Lande eingeführt würde.

Crooks (Arbeiterpartei) sagte, wenn die Bill dazu benützt werden sollte, den staatlichen Zwang für Arbeiter einzuführen, würde es das Land nicht dulden.

Sobhouse (liberal) wandte sich ebenfalls gegen die Einführung des staatlichen Zwanges.

Minister Simon erklärte mit Zustimmung Asquiths, daß die Bill derartiges nicht beabsichtige.

Jones (liberal) verlangte unter Hinweis darauf, daß diese Debatte der Regierung eine gute Lehre gegeben habe, häufigere Debatten.

Duke (Unionist) wandte sich entschieden gegen die Erörterung der Bill.

Lough (liberal) betonte, daß das Haus das Recht habe, die Bill zu erörtern.

Dalziel (liberal) trat ebenfalls für eine Debatte ein und sagte: Wenn in den letzten zehn Monaten mehr Debatten stattgefunden hätten, würden die Verhältnisse jetzt anders liegen und die Notwendigkeit einer solchen Bill niemals hervorgetreten sein. Die letzte Regierung habe an zu viel Vertrauen und zu wenig Kritik gelitten.

Im Laufe der Debatte sprachen noch Thomas (Arbeiterpartei) sowie Terrell und Sanderson (Unionisten) gegen die Einführung des staatlichen Zwanges in den Munitionsfabriken.